

# „Falsche Stadt zur falschen Zeit“

Olympia-Gegner kämpfen aus ökologischen Gründen gegen die Spiele in Berlin

**G**roßmütig ließen die Olympier auch ihre Kritiker zu Wort kommen. Zwischen den bunten Drucksachen, mit denen das IOC-Exekutivkomitee bei seiner Tagung vorige Woche in Berlin dreisprachig über die Aufnahme der baltischen Staaten, die Termine der Anti-Doping-Kommission und die Verhandlungen zur Vergabe der Fernsehrechte informierte, steckten auch die schwefelgelben Flugblätter von einem „Arbeitskreis Olympisches Ringen“.

Unter dem Signet eines Berliner Bären, der sich wie Laokoon in fünf Ringe verstrickt hat, begründen die vorwiegend ökologisch orientierten

grüppchen Randalen, die aber nicht einmal den russischen IOC-Vizepräsidenten Witalij Smirnow beeindruckte: „Da erleben wir bei uns viel Schlimmeres.“

Die Olympia-Gegner glauben nicht an die schöne Zukunftsvision der Olympiawerber: daß die Spiele zu ökologischen Verbesserungen führen, daß der olympische Wohnungsbau einen Teil der Wohnraumprobleme lösen werde, daß durch Olympia der drohende Verkehrsinfarkt vermieden werde.

Wenn die Spiele 2000 übernächstes Jahr an Berlin vergeben würden, behauptet der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), gebe dies

rung der drei Berliner Flughäfen gesteckt werde, könne sinnvoller für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet werden.

Senatspolitiker zeigen sich von den Quengeleien unbeeindruckt: Die Einwände zielten durchweg daneben.

Gerade aus ökologischen Gründen, um möglichst wenig Boden durch Neubauten zu versiegeln, würden die Sportstätten überwiegend zentral und verdichtet angelegt. Das zusätzliche Immobilienangebot entlaste den Wohnungsmarkt durchaus – Besserverdienende, die Olympia-Wohnungen kaufen, machten ja auch Platz frei

für weniger Betuchte. Und die ohnehin notwendige Wiederherstellung des S-Bahn-Rings könne durch Olympia beschleunigt werden.

Als 1987 die Idee geboren wurde, die geteilte Stadt als Austragungsort für das Jahr 2000 vorzuschlagen, meinen die Olympia-Gegner, „hätte dies vielleicht neue Dimensionen eröffnet“. Unter den jetzigen Bedingungen aber sei Berlin „die falsche Stadt zur falschen Zeit“.

Wiedervereinigung, Umzug von Regierung und Parlament und nun auch noch Olympia – selbst Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, zeigt ein gewisses Verständnis für die Kritiker. Unterm Strich, meint

Daume allerdings, „würde die Stadt durch Olympia unendlich viel gewinnen“, die Spiele wären „ein Segen gerade für den östlichen Teil der Stadt: an Infrastruktur, an Wohnungen, an Sportstätten, an Verkehrsentwicklung und vor allem an Lebensmut“.

Da ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Vorletzte Woche wurde eine Emnid-Umfrage bekannt, wonach sich die Olympia-Begeisterung der Berliner in Grenzen hält. Immerhin 39 Prozent meinen, die Stadt solle sich die Spiele 2000 wegen der aktuellen Probleme nicht leisten.

„Olympisches Fieber“, räumt Bürgermeister Diepgen ein, „schüttelt uns noch nicht.“



**Anti-Olympia-Demonstration:** „Ein Problem mehr, da kotzt der Bär“

Olympia-Gegner, weshalb sie die Bewerbung der deutschen Hauptstadt um die Spiele im Jahr 2000 ablehnen.

Auch wenn die IOC-Funktionäre aus ihrer Tagungs- und Schlafstätte, dem Grand Hotel, schauten, wurden sie mit feindseligen Parolen konfrontiert. Gegenüber, am „Haus der Demokratie“ an der Friedrichstraße, dem Hauptquartier der Bürgerbewegungen und Basisgruppen, hingen Transparente aus den Fenstern. „Olympia 2000 – ein Problem mehr. Da kotzt der Bär“, bekundeten die Kritiker ihren Olympia-Ekel und reimten schlicht: „IOC in die Spree“.

In Kreuzberg und Unter den Linden machten derweil Autonomen-

der Stadt einen „strukturpolitischen Push“.

„Versprochen wird viel“, mäkeln die Anti-Olympioniken, aber es seien eben die falschen Signale. Beispiele:

- ▷ Als Standort für das Olympische Dorf sei teilweise eine Fläche vorgesehen, die zu einem geplanten Naturschutzgebiet gehört.
- ▷ Statt der 10 000 Apartments, die für Sportler, Funktionäre und Gäste gebaut und nach den Spielen verkauft werden sollen, seien 100 000 familiengerechte Mietwohnungen notwendig.
- ▷ Das Geld, das in den Ausbau von Straßen und die Kapazitätserweite-